

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der Klassenkampf erscheint jeden Mittwoch außer Sonn- und Feiertagen. Preisproben: 100 Exemplare monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Postgebühren. Berlin und Druck: Arbeiter-Verlagsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg (GmbH), Halle, Verdenstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Abbestellungspreis: 12 Schilling pro 6 Hefen (6 Hefen 6 Schilling); 10 Schilling pro 12 Hefen (12 Hefen 12 Schilling). Abbestellungspreis: 100 Hefen 100 Schilling. Abbestellungspreis: 1000 Hefen 1000 Schilling. Abbestellungspreis: 10000 Hefen 10000 Schilling.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 26. August 1925

5. Jahrgang * Nr. 185

Freitag 600000 Bau-, 200000 Textilarbeiter ausgeperrt Unausbleiblicher Kampf der Eisenbahner

Berlin, 25. August.

Eine Generalversammlung der Bauarbeiter beschloß heute vormittag in Berlin mit dem am Freitag gefällten Schiedsspruch. Die Verhandlung lehnte den Schiedsspruch ab. Aber die von den Arbeitgebern beantragte Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministeriums verhandelt werden. Falls es in letzter Stunde nicht zu einer Einigung kommt, werden am Freitag durch die Generalausperrung etwa 600 000 Bauarbeiter in Deutschland entlassen werden.

Das Reichsarbeitsministerium hat gestern in der Lohnkampf im Textilarbeiter eingegriffen und neue Einigungsverhandlungen angeordnet, die heute morgen begonnen haben. Es liegt noch kein Ergebnis vor. Sollten die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, so wird die Ausperrung von 200 000 Textilarbeitern, besonders in Sachsen, nicht abzuwenden sein.

(M.B.) Berlin, 26. August. Der Reichsarbeitsminister hat die Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften und der Spitzenorganisationen der Eisenbahnerinnungen am Donnerstag zu Einigungsversuchen über den Lohnkonflikt eingeladen und zum Besonderen und Schlichter den früheren Oberbürgermeister von Völklingen, Dr. Fischen, ernannt.

Die großkapitalistischen Schornsteine haben sich das Ziel gesetzt, in diesem Jahre noch den Arbeitern einen gewaltigen Lohnabbau und weitere Arbeitsverlängerung aufzuzwingen und darüber hinaus die Gewerkschaften zu zerstören. Zumindest wollen sie durch eine völlige Zermürbung der Arbeiterklasse eine beratige organisierte Zerschmetterung herbeiführen, daß sie, die Dames-Geldlinge, trotz der Dames-Ketten und wachsenden Wirtschaftskrisis, ohne auf Widerstand zu stoßen, ihre Profite einheimsen. Die Front der Kapitalisten ist nicht mehr so ganz sicher: Verschleierte Bau- und Textilfirmen machen nicht mit. Sie wissen, daß auch sie bei einem solchen Kampfe kaputtgehen können! Aber die schwerkapita-

listischen Hintermänner sind hartnäckig: Sie wollen jetzt auf der ganzen Front liegen, und mit Drohungen und materiellen Schädigungen zwingen sie auch die Kleineren und Angestützten in diesen Kampf.

Am Freitag werden 600 000 Bauarbeiter auf der Straße liegen, am 6. September 200 000 fähige Textilarbeiter! Die Bergarbeiter müssen darauf gefaßt sein, daß es ihnen, wenn sie nicht mit drei bis vier Pfennigen sich abgeben lassen, genau so geht, und sie dürfen und können sich nicht mit drei bis vier Pfennigen abgeben lassen!

Die Dames-Reichsbahn steht in der Front der Luther-Regierung und deutschen Industriellen und dirigiert sie letzten Endes alle.

Die Bauarbeiter, die Textilarbeiter sind gerüstet auf den gewaltigen Kampf, der bevorsteht. Auch die Eisenbahner sammeln sich zur geschlossenen Abwehrfront, und im Ruhrgebiet haben die Bergarbeiter endlich eine der wichtigsten Kampfvoraussetzungen geschaffen: Die Verschmelzung der Union und des Bergarbeiterverbandes!

Aber es gibt noch viel zu tun, insbesondere in den mittel-deutschen Bergrevieren! Es gibt noch viele Inorganisierte, die keine sicheren Mitkämpfer sind! Es gibt noch Arbeiter, die sich von der falschen Rücksicht auf die Wirtschaftslage (sprich Kapitalisten) vom Kampfe abhalten lassen. Diese gilt es aufzufahren, es gilt zu begreifen, daß der Kampf der gesamten Berufsgruppen, daß insbesondere der Bauarbeiter-Kämpfe sind, von denen das Gesicht der ganzen Arbeiterklasse abhängt.

Eine ungeheurer Aktivität gilt es jetzt auch in der Arbeiterklasse zu entfalten. Die Parolen der Arbeiter sind: Hinein in die freien Gewerkschaften.

In allen Betrieben gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsräte, die gemeinsam den Kampf organisieren! Sammelt sich die Kämpfenden und unterliegt sie durch eure eigenen Wirtschaftsforderungen und Kämpfe!

Die Leinwandzeit auf dem Schlichtschiff „Gentel“ eine Feuertaufe gegen den Marokkofrieg angezettelt hatten, zu Gefängnisstrafen von 4, 3 und zweimal je 1 Jahr verurteilt.

Spanische Truppen demonstrieren gegen den Marokkofrieg

Nach einer Meldung des „Berlino“ hat es am 25. August in Madrid einen spontanen Kundgebung spanischer Truppen gegen den Marokkofrieg gegeben. Die Teilnehmer schlossen sich den Demonstranten an und wählten sich, den zur Abfahrt bereitgestellten Zug zu begleiten. Die Militärbehörde alarmierte die gesamte Polizei und eine Kavallerieabteilung. Die Demonstranten wurden umzingelt und entwaffnet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Nach Abperrung des Bahnhofs ging der Transport unter Bedeckung von Madrid ab.

Roter Tag in der schwarzen Eifel

(Eig. Drahtm.) Eifen, 25. August.

Nach dem roten Tag in Eifen hat nun auch die schwarze Eifel ihren roten Sonntag gehabt. In dem Heimbergrevier, schwach industrialisierten Eifenrevier fanden sich am 25. August an 10 000 Demonstranten zusammen. Ein Meer von roten Fahnen wogte über dem Marokkoplatz. Die Kundgebung galt dem Kampf gegen die imperialistische Kriegsgewalt und für das engste Bündnis der Werktätigen von Stadt und Land.

Genosse Beher im Hungerstreik!

Aus Stuttgart erreicht uns die Nachricht, daß der Dichter Johannes R. Beher, im vorigen Landesgerichtszustand zur Verurteilung der Reichswehrangelegenheiten, aus Protest gegen seine Verhaftung in den Hungerstreik getreten ist.

Der Reichsanwalt Obermeier zeigt bisher allen Protesten und Vorstellungen gegenüber, besonders auch von bürgerlicher Seite — wir erinnern nur an den Aufruf des „Schutzverbandes deutscher Schriftsteller“ — die tatte Schulter. Herr Obermeier denkt nicht daran, die Entlassung des Genossen Beher anzunehmen. Wir verlangen die sofortige Freilassung des Genossen Beher!

Der Preisabbau-Schwindel Dr. Luthers

Wie muß der wirkliche Kampf gegen die Teuerung aussehen?

Halle, 26. August.

Seitdem die Zollmacherscheje durch die Vergewaltigung der Opposition, vor allem durch das Hinausmerken der kommunistischen Abgeordneten, im Reichstag angenommen sind, seitdem also ganz legalerweise eine neue Teuerungswelle über Deutschland hinführen mag, verging fast kein Tag, an dem nicht die kapitalistische Presse zur Verherrlichung des Verordnens der Krautjunker und Schlichtbarone an den Wästen des merkantilistischen Kollens von einer „Berstilligungsaktion der Regierung“ geschwätzt hätte. Die deutsch-nationale Regierung überließ unterdessen im Interesse ihrer Auftraggeber, der Zollräuber, mit allen möglichen amtlichen Maßnahmen diesen grandiosen Betrug. Wollte man den Zeitungsmeldungen Glauben schenken, dann hat der Dr. Luther weiter nichts zu tun, als im Schweiße seines Angesichts tägliche Sitzungen mit den Kartellgewaltigen der Schwerindustrie, mit den Großhändlern, mit den Großgründern und sonstigen „Wirtschaftsführern“ zu veranstalten, um nur ja rasch (schnell dem Volke das Brot wieder zu verbilligen). Wir haben wiederholt schon dargestellt, mit welchem Junitismus sich diese Sorte von amtlichen Verhandlungsberichten über die Not des werktätigen Volkes läßt machen. Mit welcher Unerschämtheit man z. B. auf die Dammstöße der Wästen spekuliert, das zeigt so recht deutlich eine Meldung des getriebenen „Süddeutschen“, in dem es heißt:

Die Reichsregierung plant zunächst, mit einer psychologischen (1) Einwirkung auf die Industrieverbände und auf die Bevölkerung auskommen zu können. Den Verbänden wird wegen ihrer Preispolitik kein Großes (1) werden. Der Bevölkerung wird eine Ermahnung (1) zur Unterlassung unnötiger Familienkäufe zuteil werden. Innerhalb der Regierung besteht die optimistische (1) Auffassung, daß die Industrieverbände, namentlich die Kartelle, unter sich zu Vereinbarungen kommen, durch die ein Preisabbau herbeigeführt wird. Es wird ihnen in Form einer Anregung (1) auerlegt werden, namentlich die Aufzuspaltung von wichtigen Lebens- und Gebrauchsmitteln, die bereits zu sehr erheblichen Preissteigerungen, nicht nur im Einzelhandel, sondern auch im Großhandel geführt hat, nicht weiter fortzuführen. Der den heutigen hohen Preisen einzuweichen, das er durch vielleicht einretende Preisfestsetzungen dann die Waren zu einem späteren Zeitpunkt nur mit Verlusten wird abgeben können.“

In solchem Tone geht es noch weiter fort. Was sich wohl die großen Schieber machen werden aus der „psychologischen Einwirkung“, aus der „sanften Drohung“, aus der „gütlichen Ermahnung“, aus der „dringlichen Anregung“ und ähnlichen erst kühnen deutsch-nationalen Lebenswürdigkeiten!

Es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß die Luther-Regierung nichts anderes ihren besten Freunden gegenüber, jenen Großausbeutern, von denen sie ja getragen wird, tun kann, als milde Ermahnungen zu farnahmen. Eine Kränze hat der anderen das Gema nicht aus! Die Arbeiterklasse hätte nie etwas anderes von der Luther-Regierung zu erwarten gehabt.

Kartelltrödeln werden diese Dinge aber dann, wenn sich tatsächlich große Gruppen des deutschen Proletariats finden sollten, die den ganzen Berstilligungsschwindel nicht durchschauen. Jetzt ist es an der Zeit, daß man der monarchistischen Luther-Regierung rüchziges die Nase vom Gesicht reißt.

In diesem Augenblick, wo ja der Teuerung eine Welle der Arbeitslosigkeit über das Reich hinwegzieht, wo jedoch Hunderttausende Bauarbeiter und zweimal Hunderttausend Textilarbeiter in der kürzesten Zeit ausgeperrt sein werden, weil sie menschenwürdige Löhne verlangen, wo Eisenbahnerarbeiter und Beamte vor einem jäheren Kampf um ihre Existenz stehen, wo überhaupt im ganzen Reich sich immer wieder Lohnkämpfe abspielen, in diesem Augenblick verlorst der Schwindel von der Berbilligung der Lebenshaltung für das Volk einen ganz bestimmten Zweck im Kampfprogramm des gesamten Unternehmertums gegen das Proletariat. Mit der allergrößten Schärfe muß betont werden, daß die sogenannte Berbilligungsaktion nur deswegen mit einem lo großen Tamtam in Szene gesetzt wird, damit Arbeiter, Angestellte und Beamte ihrerseits veranlaßt werden, im Hinblick auf die angeblich kommende Berbilligung von ihren Lohnforderungen abzuzulassen. Man kennt den Trick aus der gesamten Unternehmertumspresse über die Schraube ohne Ende, die nach Anfrucht des kapitalistischen Federriehs immer nur durch Lohnforderungen der Arbeiter ausgeglichen wird und niemals durch die Preisbilligkeit der Kartelle, die Lohnpolitik der Junker und die Preispolitik der Großhändler. Die Arbeiter werden in diesen bürgerlichen Organen nicht im voraus beantwortet gemacht für die möglicherweise eintretende Inflation, falls sie auf ihren Lohnforderungen verharren.

Das erste also, was die Arbeiter, Angestellten und Beamten heute tun müssen, das ist, daß sie jede Hoffnung auf einen Erfolg der sogenannten Berbilligungsaktion gegen die Teuerung aufgeben und sich in keiner Weise in ihren Forderungen und in ihrem Kampf um diese beirren lassen durch die Tendenzmeldungen der bürgerlichen Presse, „Lohnkämpfe gefährden die Berbilligungsaktion“. Ein weiterer Schritt zur erfolgreichen Bekämpfung der Teuerung besteht darin, daß die Massen der Werktätigen sich nicht auspielen lassen von einer kapitalistischen Interessengruppe gegen die andere, etwa dadurch, daß man

Kriegsgefahr in China

Ein englisches Ultimatum an Kanton?

In Hongkong hat nach W.T.B.-Mitteilungen eine Engländer-Versammlung einen Protest gegen den Boykott des englischen Handels infolge der Sperrung der chinesischen Häfen für englische Schiffe fassgefunden. In einer an den Premierminister Baldwin gesandten Einschlichtung wird ein britisches Ultimatum an die Kuomin-Regierung in Kanton gefordert. Verlangt wird die Wiederherstellung Kantons als Vertragshafen, die Ausweisung der Russen aus Kanton, die Auslösung und Entlassung der angeblich von Russen ausgehenden revolutionären Truppen, die Einstellung des Boykotts und der antirevolutionären Propaganda.

Das Ultimatum soll mit einer vollständigen Frottenladung Kantons durch Großbritanniens drohen, die mit sonstigen notwendigen militärischen Aktionen begleitet sein soll. Damit ist im fernsten Osten die unmittelbare Kriegsgefahr aufs höchste gestiegen. Wie das Ultimatum Wirklichkeit, dann kann sich aus ihm ein Kampf entwickeln, der in seinen Folgen den Stein eines neuen Weltkrieges ins Rollen bringen kann.

(Dazu siehe Artikel über die Kuo Min Tang in dieser selben Nummer!)

Generalkreistbeschluss in Warschau

(Eig. Drahtm.) Warschau, 25. August.

Die Warschauer Gewerkschaften haben gestern Abend den Beschlusbefehl, am Freitag, den 28. August, in den Generalkreistag zu treten, sofern nicht bis zu diesem Zeitpunkt der Beschlusbefehl in der Warschauer Metallindustrie durch ein Einlenken der Industriellen beigelegt worden ist.

Rundgebung französischer Kommunisten vor der polnischen Gesandtschaft in Paris

Paris, 25. August. Wie die kommunistische „Humanität“ mitteilt, wird die angekündigte Rundgebung vor der polnischen Gesandtschaft in Paris als Protest gegen die Hinrichtung von fünf Kommunisten, trotz des Verbotes der Polizei, stattfinden.

Berurteilung von französischen Matrosen wegen Meuterei

Paris, 25. August. Wie die kommunistische „Humanität“ aus London meldet, hat das dortige Kriegsgericht die vier Seelen,

Stellung nimmt nur gegen die Preisbläher der Kartelle oder nur gegen den Aktienhandel oder nur gegen die Großgräber, sondern in absoluter Zielfähigkeit daran festhalten, daß der proletarische Kampfbogen gegen die gesamte Ausbeuterklasse und ihre Zwitter-Regierung geführt werden muß.

Genau so, wie in jeder Linie alle kapitalistischen Gruppen trotz ihrer fraktionsübergreifenden vollkommen einseitig gegen das Proletariat losgehen — die Bauarbeiterunterwerfung ist ein Musterbeispiel dafür — genau so muß endlich in diesem Augenblick der höchsten Not eine wirklich einheitliche Kampffront der Arbeiter, Angestellten und Beamten gekämpft werden. Jetzt muß das Wort wieder werden, das die bürgerliche Zeitung nach dem Kampfbuch mit Recht ausgesprochen hat: Keine Regierung kann sich ohne den Willen der Gewerkschaften aus dem Stuhle heben. Ja, wenn die Millionenmacht der gewerkschaftlich Organisierten wirklich ohne jeden Rückhalt, ohne jedes Kompromiß mit aller Entschiedenheit in die Wage schief geworfen würde, zur Verteidigung der nackten Existenz des gesamten menschlichen Volkes, dann müßte die Zwitter-Regierung samt den Sozialräubern binnengelegt werden.

Über was nun die Gewerkschaften? Denken Sie daran, die ihnen in die Hand gegebenen Machtmittel auszunutzen? Genau so gut wie Sie den kommunikativen Vorstoß eines Generalstreiks im Augenblick der Annahme der Jolliffe'schen Reichstagsauslösung, genau so fällt es ihnen natürlich auch jetzt nicht ein, wo die Ausweitungen dieser Geleise in einer unerhörten Forderung stehen, auch nur die kleinste außerparlamentarische Aktion zu unternehmen. In Wahrheit, die einzelnen Volksparteien werden von den Führern des DGBS nicht beirrt zu einer einheitlichen entschlossenen Aktion, abgesehen doch gerade dies das Nichtigste wäre.

Sie ist der Angriffspunkt der Massen des Proletariats in den Gewerkschaften und in den Betrieben.

Unvermeidlich muß von unten darauf daran gearbeitet werden, daß zunächst die Gewerkschaften überall zerschlagen werden, und daß dann die einheitliche Gewerkschaftsbewegung zum Vorteil des proletarischen Klassenkampfes aus genau so reichhaltigen überproletarischen Interessen vertritt, wie es die kapitalistische Deutschland nur ihrem Standpunkt aus mit ihren Ausbeuterinteressen bisher schon immer getan hat.

Gerade jetzt steht der Kongreß des DGBS vor der Tür. Die Augen von Millionen von Arbeitern, Angestellten und Beamten werden sich nach Dresden richten, um zu sehen, was dort die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Massen Deutschlands zur Errichtung des deutschen Proletariats der Hunger, Elend und Völkerverderblichkeit beschließen werden. Aber dieses Zusammengehöriges Hülsen auf eine Art Wunder ist natürlich unmöglich. Es gilt, jedem Delegierten in den Verhandlungen ein genaues Kampfprogramm, für das er unbedingt einsetzen muß mit auf dem Weg nach Dresden zu geben. Nur wenn alle Kräfte angesprochen werden, wenn unermüdlich ohne sich von der gewerkschaftlichen Schlinge locken zu lassen, an dem großen Ziel der Umwandlung der Gewerkschaften aus Kampforganisationen in Kampforganisationen zu Kampforganisationen, wenn die Organe des Proletariats persönlich mit Händen die Verhandlungen zur Wiederherstellung der deutschen Arbeiterklasse aus tiefer Not geschaffen werden.

Krach auf dem Kongreß der 2. Internationale in Marzelle

Nach 12 1/2 Stunden befiel die geistige Sitzung des Kongresses mit dem Schluß des Tages und nahm eine Entschleunigung an, in der der beständige Nachdruck gegeben wird, daß die Arbeiter aller Länder in ihren Unternehmungen nicht nachzulassen werden, bis der Kongreß vollständig durchgeführt ist. Der Kongreß lenkte die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Tatsache, daß das Weltkongress-Parlament von mehreren Industriehauptländern nicht zum ersten Mal in der Welt ist ein deutlicher Hinweis auf den Zustand, in dem sich die Gewerkschaften seit Jahr und Tag befinden. Man hat sich über die Notwendigkeit der Reorganisation der Weltkongress-Parlament und sogar allgemein von jedem Gewerkschaftsmitglied 50 Pf. eingespart haben zur Durchführung einer Aktion, wenn aber, wie gewöhnlich, vollkommene Null ist.

Ein anderer Konflikt ergab sich in einer Kommission des Kongresses zwischen der internationalen Erhebung und der Abordnung der Beiräte aus der Tischschleife, weil letztere unter der Führung von Bräunle gegen die Beiräte hatten, in denen die Interessen der Gewerkschaften belang ergreifen wurde. Die internationalistische Erhebung erhielt jedoch Vortritt beim Bureau des Kongresses.

Was diese Internationale, deren Mitglieder sich als national-ökonomische Verbände im Jahre 1910 unter der Führung des internationalistischen Kongresses in der ersten internationalen nationalen Konferenz kennen, sondern nur Verbände der verschiedenen kommunikativen Verbände, darunter auch die DGBS.

Schließlich kam es auch in der Kommission, die sich mit der Frage der internationalen Erhebung befaßte, zu einem Krach, der sogar zum Ausschluß der Kommission führte. Die englische Kommission hatte sich gegen die Arbeiterorganisation ausgesprochen, da diese den Hauptgrund für die Arbeitslosigkeit in England bildeten. Es wurde beschlossen, daß der Kongreß eine Entschleunigung annehmen solle, bei der die Arbeiter in Kraft befindlichen Verträge verweigern. Dieser Vorstoß wurde in der Kommission mit acht gegen elf Stimmen angenommen, darauf der Präsident der Kommission, Bräunle, zum Wort trat.

Kandgebungen gegen Sozialismus und Zionismus

(Vgl. Drahm) Wien, 25. August.
Eine von der SPD auf Dienstag abend im Volksklub des neuen Rathauses einberufene Versammlung hatte Mißerfolg und großen Erfolg. Die Demonstration richtete sich gegen den Sozialismus, gleichmächtig wie gegen den Zionismus, bei ein Werkzeug in der Hand der englischen Imperialisten ist.

Der Zentrumsumwandelt

Austritt Berliner Winthorsthändler
Dem „Vorwärts“ wird aus Zentrumkreisen folgendes mitgeteilt:
In einer kürzlich verlaufenden Delegiertenversammlung des Provinzialverbandes der Winthorsthändler, Berlin-Brandenburg, im „Gottelshaus“ am Sonntag, dem 22. August, erklärte die Mehrheit der Delegierten der einzelnen Verbände, daß sie aus Gewissensgründen die Politik des Zentrums nicht mehr mitmachen können und daher ihren Austritt aus dem Zentrumspartei vollziehen. Zwei Vorstandsmitglieder des Bundes haben aus diesem Grunde bereits ihre Klemmer niedergelegt.

Es ist anzunehmen, daß der Austritt der Berliner Winthorsthändler sich auch in anderen Kreisen ausbreiten wird, da die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Reichstagswahl der Winthorsthändler in den einzelnen dort anwesenden Abgeordneten des Reichstags sehr hoch ist. Ebenfalls ist durch den Tod des Berliner Abgeordneten Dr. Borch und durch das Vorgehen der Berliner Winthorsthändler, sowie schließlich durch die auf die Dauer unerträglichen Zustände in der „Germania“ die Berliner Zentrumspartei in einer schweren Krise geraten, und es wird sehr bezweifelt, ob der Erfolg der



Der Schuldige an der Teuerung

Abgeordneten Reich, der Kaufmann Schönborn, in der Lage sein wird, die Krise und den Zusammenbruch zu meistern.

Der Winthorsthändler, von dem in der vorstehenden Meldung die Rede ist, ist eine vorwiegend kleinbürgerliche Organisation der jüngeren Zentrumsgeneration. Wichtiger ist, was die großen Massen der Zentrumswahlkreise im Rheinland, Ruhrgebiet und in Oberbayern sind. Schon in der Infanzionzeit hat sich im Westen Deutschlands unter dem Namen „Christlichsozialer Volksgemeinschaft“ eine Opposition der christlichen Arbeiter gegen die Zentrumspolitik gebildet. Dieser liegen noch nicht Meldungen vor, wie die radikal getrimmten katholischen Arbeiter auf den Schritt Wintler reagiert haben. Es muß jedenfalls dafür gefordert werden, daß diese auf dem Wege zum Klassenkampf befindlichen Arbeiter nicht von neuem von republikanischen und demokratischen Missionen erfüllt werden, sondern jetzt endlich den Weg zum revolutionären Proletariat gegen die schwarzweiße und schwarz-rotgoldene Reaktion finden.

(Vgl. Drahm) Berlin, 25. August.
Wegen der zahlreichen Austritte aus dem Zentrum anlässlich der Reichstagswahl hat sich ein außerordentliches Parteitag des Zentrums angebahnt.

Zentrum im Elterntum zu Krach

Als Antwort auf Wirths Proklamation die „Königliche Volkspartei“, daß das Reichszentrum sich der Bayerischen Volkspartei anschließen und mit ihr verschmelzen werde. Der tatsächliche Vertreter der Königlich Volkspartei ist der Krach — einer der berüchtigten Arbeiterfeinde der Welt! Es ist gut, daß das Zentrum so gründlich seine Mäule obliegt. In Bayern mit Krach — in Preußen mit Papen, Stegerwald und Braun.

Der Name Sinnes verpönt

Wie die „Holländischen Nachrichten“ erfahren, findet bei der Sinnes-Riech-Montag am 21. August die Aufstiegsfeier, welche über den Abschied für 1924 zu bezeichnen hat. Zur Debatte in der Sitzung liegen auch die nach Verkauf des Reichs-Parteiapates an die Reichliche Aktion neuerschaffene Reichstags- und die daraus resultierenden Veränderungen im Aufstiegsrat, in den die Reichliche Aktion nunmehr eintreten wird. Es soll über eine Änderung des Firmennamens der Reichstagsaktion gefahrt werden, damit durch den Verkauf des Namens Sinnes auch äußerlich das Aussehen des Sinnes aus dem Reich-Montag-Verbande Ausdruck gegeben wird.
Der Name Sinnes ist bereits verpönt. Wie sah sich die Zeiten ändern!

Abschied der deutschen Arbeiterdelegation von Moskau

Antunft Montag in Berlin
Moskau, 24. August. Vor der Abreise der deutschen Delegation fand ein Meeting statt, auf dem das Moskauer Proletariat von den deutschen Arbeitern Abschied nahm. Betriebsdelegationen und Tausende von Arbeitern nahmen teil.

Nach der Abschiedsrede von Lenin anfangs antwortete der Delegationsvorsitzende Feilerberger: Wir verabschieden sechs Wochen in Rußland, bereisten 16 000 Kilometer, besichtigten viele Städte, Hunderte von Fabriken und Betrieben und können sagen, daß unsere Erfahrungen die deutschen Proletariat, sowie die Proletariat aller Länder erfreuen werden. Wir überzeugen uns davon, daß das Märchen der Bourgeoisiepresse von „der Diktatur über das Proletariat“ lächerlich ist und daß in der Sowjetunion die Möglichkeit kapitalistischer Ausbeutung bis zu 90 Prozent vermindert ist. Wir sagen den deutschen Proletariaten, daß sie ihrem Beispiel folgen müssen.

Der zweite Vorsitzende Feilerberger erklärte: Wir haben Euren sozialistischen Aufbau und haben, daß die Weltbourgeoisie einen eisernen Ring um die Sowjetunion schmeißt, um sie zu erwürgen. Wir sagen den deutschen Arbeitern: Seid auf der Hut, laßt es nicht zu, daß der sozialistische Aufbau Sowjet-Rußlands gefährdet wird! Vertreter Moskauer Betriebsdelegationen sprachen warme Abschiedsworte, die in den Ruf ausgingen: Geduldt! so habe die Wahrheit über uns!

Leninград, 25. August. Die deutsche Arbeiterdelegation aus Sowjet-Rußland wird erst am Montag, 31. August, in Berlin eintrafen.

Wie steht die 2. Internationale zum Krieg?

Der „linke“ Otto Bauer über Sozialismus, Pazifismus und Kriegsgefahr

„Auf der anderen Seite herrschen in den meisten sozialdemokratischen Parteien des Weltreiches Ansichten vor, die in dem Sozialismus nichts als einen Lobpreis des Sozialismus sehen. Geht doch selbst ein Mann wie Karl Kautsky, ein Mann, von dessen Tugenden wir alle als seine Schüler gelernt haben, und von dem wir alle mehr als von irgendeinem anderen unter den Lebenden gelernt haben, sagt schon so weit, unsere Stellung zum Sozialismus mit der Stellung der Republikaner gegen Louis Napoleon in Analogie zu setzen! Nichts wäre für die Zukunft gefährlicher als eine solche Stellung der Internationale zum Sozialismus! Die Sozialisten sind ungetreue eine von einem Teil des russischen Proletariats getragene, ungewalttätige sozialistische Partei.“

Otto Bauer, der „Kampf“ Nr. 89.

(In zahlreichen „linken“ SPD-Zeitungen nachgedruckt.)
Eine Reihe von Tatsachen und Tendenzen stellen den linken Flügel der 2. Internationale erneut und laut vor seine historische Aufgabe, nämlich die, den Revolutionsprozeß des Proletariats aufzuhalten, abzuweichen, abzuwenden.

Otto Bauer verurteilt nun diese historische Aufgabe der Linken in der 2. Internationale auf „autokratische, marxistische“ Art zu lösen in dem oben zitierten Briefe.

Otto Bauer rückt zunächst die Frage des Krieges und die Frage des Pazifismus in den Vordergrund. Diese Fragestellung hat durch ihre Berechtigung. Der Krieg, das ist der heftigste Aufeinanderprall aller Widersprüche und Gegensätze des Kapitalismus. Hier sind alle Kräfte losgelassen. Hier wird das Proletariat in eine Bewegung hineingeworfen, gegen seine Interessen, in dem es dem Ausbeuter nicht gibt, als seine Arbeitskraft, nämlich des Lebens. Wirklich die Frage des Verhältnisses zum Krieg ist die Kernfrage jeder Internationale, das das Proletariat betrifft.

Die Kommunisten haben gegen den imperialistischen Krieg dem Proletariat eine klare, eindeutige Lösung gegeben: Sie haben dem Proletariat gesagt, daß nur der Bürgerkrieg den imperialistischen Krieg überwinden und verhindern kann, daß der Proletariat der politischen Macht durch das Proletariat die Frage des Krieges lösen kann. Solange das Proletariat nicht die Macht erobert hat, ist es stets der Gefahr des neuen imperialistischen Krieges ausgesetzt. Was macht Bauer aus dieser klaren eindeutigen Lösung der kommunistischen Internationale? Sein ganzes Gebilde würde zusammenstürzen, wenn er sich nicht eines — sehr ungeschickten — Zäufelungsstückchens bediene:
„Dem Proletariat der Reichen und Gatten heutzutage wie vor einem Jahrhundert kriegerisch-revolutionäre Gegenstände gegenüber. Der Träger dieser Tendenzen ist der Sozialismus. Sein Ziel ist der Bürgerkrieg, der in den Krieg der revolutionären Nationen gegen die konterrevolutionären umschlägt!“

„Da der Sozialismus die endliche Entscheidung von einem Kriege erwartet“ —

und: „Was uns not tut — ist andererseits eine grundsätzliche Politik gegenüber dem russischen Sozialismus und dem christlich-afrikanischen Nationalismus, die auf einen neuen Krieg hinauszielen.“

Jedem Arbeiter wird die Fälligkeit des kommunistischen Standpunktes klar. Nicht die Kommunisten sind es, die den neuen Krieg vorbereiten, sondern, weil der neue imperialistische Krieg kommt, aus dem Proletariat heraus, das imperialistische Kapitalismus kommen muß, ist es notwendig, das Proletariat darauf vorzubereiten. Gerade die Kommunisten waren es, die jetzt wieder eine ganze Woche der angelegentlichsten Propaganda gegen diesen kommenden Krieg geführt haben.

Die „endliche“ Entscheidung wird nicht einem Krieg erwartet, sondern dem revolutionären Abschreiten des Proletariats, das durch seine Machtergreifung im Bürgerkrieg gerade diesen kommenden Krieg verhindert, bünd. beendet.

Gegen seine eigene Internationale muß Herr Bauer feststellen, daß sie auf Seiten der imperialistischen Mächte steht:

„Der Pazifismus der Siegermächte verteidigt die „Heiligkeit der Verträge“ von 1919, wie die Heilige Allianz, die „Heiligkeit der Verträge“ von 1815 verteidigt hat. Er verteidigt die Herrschaft der Signatarmächte über die besiegten Nationen in Europa und über die unterworfenen Kolonialländer in Asien und Afrika. Er will den Frieden erhalten — aber den Frieden auf der Basis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der durch die Weltfriedensverträge von 1919 geschaffenen Staatenscheidung. — Er will durch den Völkervertrag und die Sicherheitsverträge der Frieden auf der Basis der Herrschaft der Kapitalistenkräfte festhalten.“

Wir erinnern jeden Arbeiter an die Stellung der Sozialdemokraten, auch der „linken“, zum Völkervertrag, zu der wichtigen Frage der Sicherheitspakte und fragen ihn, hat nicht gerade die SPD, auch und gar diese von Herrn Otto Bauer so scharf beurteilte Politik durchgeführt? Kann er noch eine Partei angehören oder folgen, die den Völkervertrag des Kapitalismus immer erhalten will, die die Herrschaft von Bauer zu erwidern, verurteilt, daß der Völkervertrag und die Sicherheitspakte noch nicht einmal irgendeinen Frieden garantieren, sondern die Vorbereitung des kommenden imperialistischen Krieges bedeuten!

Welche Lösung gibt Herr Bauer?

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale kann also weder passivistisch im Sinne der Bourgeoisie der Siegermächte, noch kriegerisch im Sinne des Sozialismus sein. Er können nur die Freiheit mit anderen Mitteln als denen des Krieges erobert, den Frieden zu offen? Das ist das große ungeklärte Problem des internationalen Sozialismus.“

Und damit Bahal! Die Frage ist gestellt. Herr Bauer brüht sich von der Antwort. Keine Antwort im ganzen Artikel, der Programm der Internationale sein soll. Wir verabschieden Herrn Bauers Stellung! Wir verstehen, warum er das Märchen von dem Sozialismus, die den imperialistischen Krieg mit hervorbringen muß! Herr Bauer liegt nur bei der Bankrotterklärung! Er müßte, wäre er ehrlich, dem Proletariat sagen:

Die kommunistische Internationale ist die einzige, die wirklich die Interessen des Proletariats vertritt. Nur durch die Eroberung der Macht, durch den Sturz der Bourgeoisie könnt Ihr Eure Befreiung bewerkstelligen. Es gibt keine anderen Wege!

Herr Bauer gibt keine Antwort: Man soll nicht zuviel verlangen. Vom Ziel keine Rücksicht und von Otto Bauer keine proletarische Ehrlichkeit!

Preisbläher der Kartelle

In der „Konjunkturalistischen Rundschau“ vom 25. August 1925 tritt ein Konjunkturalist ein, daß er Braunkohlpreissets mit 1,45 Pf. pro Zentner verkauft, aber vom Landesverband der Kohlenhändler aufgefordert wurde, nicht unter 1,70 Pf. pro Zentner zu verkaufen, andererseits die Lieferungspreise über ihn verhandelt würde.

Der Konjunkturalist erklärt, daß sogar englische Kohle billiger als 1,70 Pf. zu haben ist, dabei beträgt ihr Heizwert 8000 Wärmeinheiten, der der fraglichen Braunkohle aber nur 4000. Der Konjunkturalist erklärt, er werde sich weiter weigern, den untergeordneten Preis von 1,70 Pf. zu nehmen und, falls man die Spitze über ihn verhängen sollte, werde er den Käufern raten, die billiger und bessere englische Kohle zu kaufen.

„Volksgemeinschaft“

Es ist die Zerschlagung des Ruhrgebiets gegen bekannt, daß sie außer den bereits entlassenen Delegierten weiterhin noch einige schatzsuchende Mann enthalten sollen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Unternehmer suchen die Arbeiter zu zerplündern

Doch den Baugewaltigen die Aussperrung droht, heißt auch das Vorgehen der Unternehmer in Bitterfeld, die jetzt die Bauarbeiten einzeln zu lauern versuchen.

Die Bauunternehmer Wegewitz (Südreisbahn) und Krüger (Grube Leopold) forderten einen Teil ihrer Leute durch Karte, und so den alten Bedingungen sogenannte Kostensarbeiten auf obigen Baustellen auszuführen. Die Arbeiter waren bereit gewesen, die Arbeiten auszuführen, wenn die entsprechende Lohnzahlung garantiert und vor allem die gesamten Verhältnisse in Bitterfeld wieder eingeleitet worden wären, das aber lehnten die Unternehmer ab!

Bauarbeiter! Steht fest zusammen! Euer Sieg ist ein Sieg der ganzen Arbeiterklasse!

Die Torgauer Bauarbeiter gegen die Verunglimpfung der IZS.

In den Versammlungen der Baugewerkschaft Torgau, Belgern und Schilbau am 20. August wurde zu der Konferenz in Köthen und zu dem Schlichtungsgericht in Berlin Stellung genommen. Das Verhalten des IZS wurde scharf gebrandmarkt, der Redner erklärte, daß, wenn der IZS gemeinsam mit der Großtafelgesellschaft deutscher Konsumvereine rechtzeitig in den Kampf eingegriffen hätte, dieser schon zum Siege geführt hätte. Die gelamte deutsche Arbeiterklasse steht sofort zur Solidarität aufgefordert werden müssen. Weiter wurde der Ausdruck des Gauerleiters F. Koch aus Wuppertal in der am 31. Juli tagenden Konferenz in Köthen zurückgewiesen, der die Solidartät der IZS in den Kampf gegen hatte. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche besagt, daß sich die Preisereine hinter die Beschlüsse der Köthener Konferenz stellen, und die Fortführung des Kampfes mit der Unterstützung des IZS verweigert werden.

Noch einmal Mitteldeutsche Bauzentrale

Der Zentralverband der Zimmerer, Halle, übernimmt folgende Erklärung

Der Vorstand der Zohlfeld Halle a. D. des Zentralverbandes der Zimmerer erklärt hiermit auf Grund des Art. 11 des Statuts vom 8. August 1925 unter der Rubrik „Der Kampf der Bauarbeiter-Streitkräfte“, daß die damals öffentlich genannten Zimmerer der Mitteldeutschen Bauzentrale: Alfred Engelhardt, Karl Bauermeister, Reinhold Wolf, Franz Herrmann, Hermann Gern, August Meißner und Max Pöhlke keine Streitkräfte sind. Der Vorstand legt Verwahrung dagegen ein, daß keine andere Organisation oder Institution das Recht hat, ohne sich vorher mit der zuständigen Organisation ins Benehmen zu setzen, die Mitglieder des Zimmererverbandes in der Presse bezüglich zu veröffentlichen. Da Richtlinien zwischen dem Verband sozialer Baubetriebe und dem Zimmererverband bestehen, konnte dies nicht in den Zusammenhang gebracht werden.

In dieser Erklärung ist richtig, daß im formalen Sinne der Richtlinien der Baugewerksbundes und Zimmererverbandes über die Arbeit auf sogenannten „sozialen“ Baubetrieben die genannten Arbeiter nicht ohne weiteres als Streitkräfte zu bezeichnen sind. Diese Richtlinien betreffen, daß auf diesen Bauten auch im Streit und Auslieferungslage weitergearbeitet wird zu den alten Arbeitsbedingungen und daß nach dem Schlichtungsgericht durch direkten Vereinbarungen, die eventuell festgelegte Lohn-erhöhung auch auf den „sozialen“ Baubetrieben geschieht wird. Wir haben uns als Redaktionsrat Partei auch gar nicht angetan, den Gewerkschaften Vorschriften über ihre internen Angelegenheiten zu machen. Aber wir haben, was das unsere Pflicht der Interessenerrettung der gesamten Arbeiterklasse erfordert, geteilt, daß die Bauzentrale, die sich auf der Mitteldeutschen Bauzentrale, Halle, abspaltet haben, aber Arbeiterolidarität nicht göttlich schäme, und wir haben uns mit den genannten Arbeitern lediglich als Mitglieder der Kommunistischen Partei, nicht als Mitglieder des Zimmererverbandes aus einander gesetzt.

Die Arbeiter der Mitteldeutschen Bauzentrale hatten gemeinsam die Arbeit niedergelegt, doch wozu aus dem richtigen Gefühl heraus, daß die Richtlinien des sozialer Baubetriebe ein Hindernis sind, das den Baubetrieben Schaden bringt über eine „außerordentliche“ Entlohnung der Bauarbeiter in die Hand spielt. Dann hatte ein Teil, darunter die genannten Zimmerleute, die Arbeit doch wieder aufgenommen, zu den alten Bedingungen und ohne sich mit der gewählten Zentralistruktion zu verhalten.

Das „Arbeiterunternehmen“ Mitteldeutsche Bauzentrale ging dann so weit, die Zimmerer die Lohnherabsetzung zu verordnen, den weiter freireisenden Maurern und Hilfsarbeitern aber ausdrücklich die Lohnherabsetzung abzuverneinen und durch den IZS neue Arbeitskräfte heranzubringen.

Hier hätten nun schon ganz bestimmt die Zimmerer für ihre bisherigen Kollegen eintreten müssen. Sie taten es nicht, und die IZS mußte ganz selbstverständlich von solchen Parteimitgliedern ablassen, die, anstatt die gewerkschaftliche Einheit fördern zu helfen, den IZS noch größer machen. Diese Vorgänge sollten die gelamte Mitgliedschaft des Baugewerksbundes und des Zimmererverbandes veranlassen, gegen die arbeitshindernissen Richtlinien und gegen die gelamten Bauhütten-Zustionen so Sturm zu laufen, daß sie endlich wieder aus der Welt verschwinden.

Zum Bauarbeiterstreit in Torgau

Im „Kassanblatt“ vom 12. August berichtet wir über den Streitbrecher Gmde, der bei der Firma Bertram Streitbrecherarbeit leistete. Wie uns inzwischen aus Torgau mitgeteilt wird, handelt es sich nicht um das Baugeschäft Bertram, sondern um das Geschäft Sitte, Döbern.

Bundesstag des Verkehrsverbundes

Ein Delegierter aus Leipzig kritisiert scharf das Verhalten des Vorstandes zu den Bundesstages. Er stellt fest, daß die Wahlen zum Bundeskongress entgegen den Bestimmungen der Statuten vorgenommen wurden. Die Ausrede, daß man aus finanziellen Gründen nicht anders handeln konnte, kann man nicht

Unterstützt die kämpfenden Bauarbeiter!

Die Bauarbeitgeberorganisation zur Aussperrung

Der Bezirksarbeitsbevollmächtigter des Baugewerkes für die Provinz Sachsen und Mitteldeutschland, der „Kassanblatt“ ins Herz geschlossen zu haben. Wieder liegt ein Rundschreiben (Nr. 37) dieser Organisation auf unserem Tische, das die Mitglieder der Arbeitgeber-Organisation für die verführte Aussperrung seitigen soll. Es wird darin erklärt:

„Der Vorstand hat daher mit übergroßer Mehrheit (seine vier Mitglieder) die Gelamtaussperrung der Bauarbeiter über ganz Deutschland beschlossen. Die Aussperrung soll mit Freiheit, dem 28. August, abends, dem Lohnzahlungszeit der nächsten Woche beginnen.“

Dem Bauarbeitgeberverband ist recht benehlig bei der Geschichte, er sieht schon, wie eine Reihe von Firmen seiner Scharf-machepolitik nicht Folge leisten wird, denn er vertritt sie:

„Wir werden den Kampf nicht allein führen. Der Beschluß des Deutschen Arbeitgeberverbandes hat auch für die beiden übrigen Spitzenverbände volle Folge geschaffen, zu dem sie innerhalb kürzester Zeit innerhalb ihrer zuständigen Organe Stellung nehmen werden. Auf Grund der sofort eingeleiteten und mit beiden Verbänden bisher unermüdlich gepflegten Verhandlungen glauben wir die letzte Zwangsauslieferung zu diesen, daß sie sich des Grimes der Lage vollst. bemußt sind und ihre Maßnahmen nach Bestimmung der zuständigen Organe danach einrichten werden.“

Die Gelamtaussperrung ist als Sympathieaussperrung für die im Kampf befindlichen Bezirke beschlossen. Sie war notwendig, da sie einmütig durchgeführt und zu einer scharfen Waffe wird, welche den unterdrückten Forderungen der Gewerkschaften einen Einhalt gebietet soll, ist die Sache unserer Bezirksverbände. Auch unter Hauptberatern, der Deutsche Arbeitgeberverband für Feuerungs- und Schornsteinbau, wird seine Vertragspflichten auf Grund seiner Abmachung mit uns voll erfüllen und an unserer Seite mit in den Kampf treten.“

Wie es mit der Aussperrung aussieht, daß die Bauarbeiterlöhne zu hoch sind und für die Arbeitgeber nicht tragbar seien, beweist die folgende Gegenüberstellung von

Löhnen und Selbstkosten im Baugewerbe

Die Bauarbeiter sind in hohem Maße Saisonarbeiter. Deswegen sind die Bauarbeiterlöhne dem Aufsteig nach höher als in manchen anderen Berufen. Trotzdem haben sie, entgegen den Behauptungen der Unternehmer, noch nicht den Vorzugslohn erreicht. Das ergibt sich, wenn man die vor dem Streit festgestellten Lohnverhältnisse mit den Vorzugslohn und der Preissteigerung vergleicht.

Wochenlöhne im Baugewerbe in Mark (im Reichsbuchschmitt)		
	Maurer	Hilfsbauarbeiter Tiefbauarbeiter
1914	25,70	25,90
1925 (Juni)	48,20	41,10
1914 - 1925	100	136
		143

(Grundlohn, Nr. 28. d. J.)

Die Wochenlöhne sind also nominell um 36 bis 43 Prozent gestiegen; die Kleinhandelspreise sind aber gleichzeitig (Juni 1925) gegenüber 1914, nach amtlichen Feststellungen um 46,1 Prozent gestiegen. In Wirklichkeit höher noch mehr. Somit sind die Vertragsverhältnisse noch nicht erreicht. Die jüngste Preissteigerung, im Zusammenhang mit den Südgütern, vergrößert die Differenz noch. Durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter wollen die deutschen Unternehmer, trotz Reparationen und Dawes-Kontrolle, trotz schwerer Krisenereignissen und Währungsstörungen, dennoch auf Kosten der Arbeiter geringere Löhne erzielen. Das ist der Grund des jetzt fest festgestellten Bauarbeiterstreits.

Die Bauunternehmer behaupten nun, daß die Leistungen der Bauarbeiter heute, gegenüber der Vorkriegszeit, bei längerer Arbeitszeit, geringer seien. Das ist falsch. Der Lohnanteil bei den Ausgaben der Unternehmer ist nicht größer, sondern kleiner geworden. Das beweisen Zahlen dem hundertsten Seite beigefügt, sonst immer schwer geheimgehaltene Selbstkostenberechnungen.

Der hürgerliche Architekt Franz Schimkat hat eine Gegenüberstellung der Selbstkosten eines Hauses im Jahre 1913 und 1925 aufgestellt. Diese Angaben, wenn sie zwar nur einen sehr begrenzten Einblick in die Veränderung der Selbstkostenhöhe beim Bau gegenüber der Vorkriegszeit geben, zeigen dennoch die Ent-mensungen deutlich an.

Im allgemeinen steigen sich die Kosten eines Gebäudes in der Vorkriegszeit aus 45 Prozent Arbeitslohn und 55 Prozent Baukosten zusammen. Wenn man nun bei Baukosten und Arbeitslohn, „Bauwelt“, Heft 7, 1925.

gellen sollen, denn man hätte sehr wohl eine Umwälzung im Bundeskongress mit den Wahlen zum Gewerkschaftskongress verbinden können, wie es auch andere Verbände getan haben und man hätte somit keine besonderen Auslagen gehabt. Ausdrücklich stellt er fest, daß es nicht nur die „Freunde von links“ seien, die dem Vorstand das härteste Mißfallen ausprechen, sondern alle Funktionäre, die die Handlungsweise des Vorstandes nicht verstehen können.

Schärfer Einspruch muß auch gegen die Behandlung der Wahl zum Gewerkschaftskongress erhoben werden, denn es ging doch nicht an, daß man abends um 8 Uhr plötzlich einen Zettel mit der Aufforderung in die Hand gedrückt bekomme: so jetzt müß Du wählen. Die übrigen Ausstellungen des Delegierten betreffen allgemeine Fragen.

Pfieger, Berlin, stellt fest, daß der Bericht des Bundesvorstandes ein recht magerer war. Die Organisation ist nicht so wie sie sein sollte. Das ist aber keinesfalls auf das unzufällige Fehlens von Mitgliedern zurückzuführen, wie der Bericht glauben machen will. Sondern schuld ist einzig und allein die Tatsache, daß die Arbeiter-Vertrauen zur Führung des Bundes im besonderen und zu den Gewerkschaften im allgemeinen verloren hat, deshalb verloren hat, weil die von den Gewerkschaften bisher betriebene Taktik eine grundsätzliche, darum auch erfolglose war. Es ist in dem Geschäftsbericht, wie im Bericht der Bundesversammlung, nichts davon zu sehen, daß man sich nicht ganz gefühllos von dem was sein soll. Und doch wäre es gerade angeht auf die Schultern der Verfallenen abgewandt werden sollen, die Not und Elend für die Arbeiter, die sich der Geschäftsbericht mit diesen Dingen beschäftigt, unangenehm für die Zukunft zu schaffen. Die Lage der wertigen Arbeiter erfordert bringen die nationale und internationale Einheitsfront der Gewerkschaften zur Abwehr der kapitalistischen Ausbeutungsschiffe. Bei der Forderung zur Bildung der Einheitsfront glauben einige Delegierte lachen zu müssen, was den Kollegen Pfieger veranlaßt, festzustellen, daß

lohn die Preissteigerungen seit 1913 anrechnet, kann man ungefähr die durchschnittlichen Baukosten, das heißt höchstens, Schimkat nimmt hierauf an, daß es sich um den Bau eines Beamtenhauses mit 1 bis 3 Zimmern, Bad, Küche usw. handelt.

Die Baukosten betragen aus etwa

30 Prozent	Steine und ähnliche Baustoffe
30 Prozent	Holz und ähnliche Baustoffe
20 Prozent	Eisen und ähnliche Baustoffe
20 Prozent	Zint, Tapeten, Malerarbeiten u. a.

Gegenüber der Vorkriegszeit haben sich, nach Schimkat, die Lohnausgaben erhöht:

32 Prozent	Lohnauszahlung
5 Prozent	Soziale Löhne
10 Prozent	Geringere Arbeitsleistung
47 Prozent	

Sicher ist der Lohn für Zimmerleute der Friedenslohn 0,82 Mfr. pro Std., jetzt 0,96 Mfr. Arbeiter der Friedenslohn 0,50 Mfr. pro Std., jetzt 0,77 Mfr. Sonstige Arbeiter d. Friedenslohn 0,62 Mfr. pro Std., jetzt 0,90 Mfr.

Die Bauarbeiterpreise haben sich gegenüber der Vorkriegszeit erhöht:

Steine und ähnliche Baustoffe	von 21,- auf 53,- Mfr.
Holz und ähnliche Baustoffe	von 54,- auf 90,- Mfr.
Eisen und ähnliche Baustoffe	von 14,25 auf 15,56 Mfr.
Zint, Tapeten, Malerarbeiten u. a.	um 100,- Mfr.

Ober ist der prozentuale Anteil der einzelnen Baustoffe an den gesamten Baukosten vermindert. Es läßt sich also auf Grund der Erhöhung der einzelnen Baustoffpreise der prozentuale Aufschlag der einzelnen Baustoffpreise, gegenüber der gesamten Baustoffkosten von 1913 bezogen, entsprechend der obigen prozentualen Anteile an den Gesamtkosten, errechnen.

Zufuslag auf die gesamten Baukosten von 1913.	
Steine u. ähnliche Baustoffe	0,21 - auf 53,- = 46 % Zufsch.
Holz u. ähnliche Baustoffe	0,54 - auf 90,- = 21 % Zufsch.
Eisen u. ähnliche Baustoffe	0,125 auf 15,50 = 2 % Zufsch.
Zint, Tapeten, Malerarbeiten usw.	um 100 höher = 20 % Zufsch.
	89 %

Es ergibt sich daraus, daß gegenüber der Vorkriegszeit ein Kubikmeter unbauten Raumes kostet:

Lohnanteil 1913	8,- Mfr.
Lohnanteil, Mehrausgaben 1925	2,65 Mfr.
Soziale Löhne und geringere Arbeitsleistung	1,20 Mfr.
Baukostenanteil 1913	9,50 Mfr.
Baukostenanteil, Mehrausgaben 1925	8,36 Mfr.
Kosten je Kubikmeter unbauten Raumes	29,62 Mfr.

Diese schimkatige Berechnung ist inwieweit unseres Erachtens nicht richtig, als es völlig unmöglich ist, gegenüber der Vorkriegszeit eine geringere Arbeitsleistung anzunehmen. Denn auch im Baugewerbe, besonders in den Großunternehmungen, sind gegenüber der Vorkriegszeit eine Reihe neuer Vorrichtungen, Apparate usw. in Benutzung, die die Produktivität der Arbeit, die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters erhöhen. Sogar wenn man insofern schwächerer Erzeugung eine geringere Intensität der Arbeit gegenüber der Vorkriegszeit annimmt, müßte dies durch jene Erfindung mehr als ausgeglichen. Verflüchtigt man diese Feststellung, so würde sich eine Entwidlungstendenz, die auch in jener Berechnung schon zum Ausdruck kommt, noch viel stärker zeigen. Es zeigt sich ein harter Rückgang des Lohnanteiles in den Baukosten.

In der Vorkriegszeit 1925	
Anteil der Baustoffe in Prozent der gesamten Ausgaben	54,3
Anteil der Lohnausgaben in Prozent der gesamten Ausgaben	45,7
	36,4

Schimkat hat die sozialen Kosten, die von den Unternehmern getragen werden, als Lohnausgaben angesetzt. Dies haben wir nicht gemacht. In unter Lohnausgaben nur die tatsächlich ausgezahlten Löhne berechnet werden können. Somit könnte der Gesamt „Lohnausgaben“ der Sammelplatz für alle möglichen direkten oder indirekten „sozialen“ Ausgaben (was versteht man heute nicht unter „sozial“) werden.

Es zeigt sich, daß auch Schimkat zu einer Senkung des Lohnanteils der Bauarbeiter der Selbstkosten gegenüber der Vorkriegszeit gekommen ist. In Wirklichkeit ist dieser Rückgang aus oben genannten Gründen noch viel höher.

75 Prozent der Kongreßteilnehmer Angestellte sind und wohl daraus zu erklären ist, daß sie für die brennendsten Forderungen der Arbeiter kein Verständnis aufbringen können. Der Redner trat besonders der vom Redakteur der Verbandspreß Zeitschrift abgetriebenen Kommunisten entgegen und stellte den Antrag, daß der Kongreß Einwand für seine Selbstkosten, besonders „Anerkennung“ auszusprechen. Schimkat geisterte über die Lage des Vorstandes in der Frage der Arbeiterorganisation. Es darf keine Rücksicht genommen werden auf gewisse Gewerkschaftsbureaukraten, die aus bürokratischen Gründen gegen die Bildung von Arbeiterorganisationen opponieren. Die Steigerung der Kampfrolle der Arbeiterklasse erfordert dringend einen engeren Zusammenhang. Gegen die durch den Kongreß bestätigten Verbandsausschüsse protestierte Pfieger ganz entschieden. Das Kollege Pfieger erklärte, im Auftrag der Opposition zu sprechen, glaubte der Vorsteher zu dem Wägen greifen zu müssen, feststellen zu lassen, wie weit diese Opposition auf dem Bundeskongress vertritt ist. Damit wollte er, daß die Richtung seiner Gedanken nicht nur den Angehörigen der Gewerkschaften, sondern auch den Angehörigen der Arbeiterparteien bekannt sein sollte. Mit einer den Gewerkschaftsbureaukraten eigenen Unverfrorenheit meinte er, die Stärke der Opposition deshalb feststellen zu müssen, weil ein Vertreter der kommunistischen Presse der Tagung beizuwohnen und somit „Regenden“ über eine Opposition im Verbandskongress entstehen könnten. Das Manöver des Vorstehers mag nicht für die Gewerkschaften der Wille der Mitgliedschaft kaum zur Geltung kommt; darum entsprechen auch die Ausführungen des Kollegen Pfieger ganz dem Willen eines großen Teiles der Mitgliedschaft der im Verbandskongress organisierten Arbeiter. Diese Tatsache läßt sich durch keinerlei Wägen weg-lügen

Junge Arbeiterinnen, herbes zu öffentl. Versammlung

morgen abend 8 Uhr im „Volkspart.“ Referentin: Irmgard Rasch, Halle

